



Sportausschuß

39. Sitzung (nicht öffentlich)

22. November 1999

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 14.55 Uhr

Vorsitz: Dr. Hans Kraft (SPD)

Stenograf: Michael Endres

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/4200

Vorlage 12/2897, 12/2998 und 12/2903

Einzelplan 15 - Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport

hier: Förderung des Sports - Entwurf des 22. Landessportplanes

in Verbindung damit:

Artikel 1 §§ 20 und 28 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/4202

Die Einzelabstimmungen wie auch der Wortlaut der vorgelegten Anträge können Vorlage 12/3231 entnommen werden.

Der Ausschuß nimmt die ihn betreffenden Bereiche der oben näher bezeichneten Gesetzentwürfe mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU an.

2 Gesetz zur Änderung des Sportwettengesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/4076

Vorlagen 12/2933, 12/2935, 12/2939 und 12/2985

Zuschriften 12/3330, 12/3333, 12/334, 12/3335, 12/3340, 12/3341,
12/3347, 12/3348, 12/3349, 12/3352, 12/3356, 12/3360
12/3362 und 12/3395

4

- Abschließende Beratung und Votum an den federführenden AIV

Der Ausschuß stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung unter der Maßgabe, daß dem Sport dadurch keine Nachteile entstehen dürfen, mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

3 Richtlinienentwicklung für den Schulsport

7

- Bericht durch Ministerin Ilse Brusis (MASSKS)
- Diskussion

4 Weltgipfel zum Schulsport

(Tischvorlage siehe Anlage)

- Bericht durch Ministerin Ilse Brusis (MASSKS) *(siehe Vorlage 12/3040)*

Für **Rolf Seel (CDU)** erweckt Frau Berger den Eindruck, als seien die Anträge der CDU unseriös. Er halte es für unredlich der CDU Unseriosität nachzuweisen, wenn Frau Berger behaupte, es sei kein Geld vorhanden, gleichwohl aber 750.000 DM von seiten der Koalitionsfraktionen nun mehr in den Landeshaushalt eingestellt würden, für die er noch keinen Deckungsvorschlag finde. Dagegen seien alle CDU-Anträge gedeckt; die Deckung für alle Anträge in den Fachausschüssen werde im Haushalts- und Finanzausschuß im einzelnen nachgewiesen.

Dr. Annemarie Schraps (CDU) begründet das Abstimmungsverhalten ihrer Fraktion wie folgt: Die CDU-Fraktion werde sich bei den heute erst vorgelegten Anträgen der Koalitionsfraktionen enthalten, da man diese noch nicht in der Fraktion habe beraten können.

Die von den Koalitionsfraktionen angestrebte Erhöhung bei der Förderung des allgemeinen Hochschulsports behindere man mit der Enthaltung nicht, aber - so hebt sie abschließend hervor - ihre Fraktion verlange mehr.

Beim Antrag bezüglich der Förderung des Landessportfestes werde man sich ebenfalls der Stimme enthalten. Sollte dafür noch eine Deckung mitgeteilt werden, könne man nach Absprache mit der Fraktion später im Plenum immer noch dafür oder dagegen stimmen.

(Abstimmungsergebnisse siehe Beschlußteil)

2 Gesetz zur Änderung des Sportwettengesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/4076

Vorlagen 12/2933, 12/2935, 12/2939 und 12/2985

Zuschriften 12/3330, 12/3333, 12/334, 12/3335, 12/3340, 12/3341, 12/3347, 12/3348, 12/3349, 12/3352, 12/3356, 12/3360 12/3362 und 12/3395

Heidi Berger (SPD) führt aus, der Sport sei mit diesem Gesetzentwurf insofern betroffen, als er unter Umständen in anderen Bereichen, in denen der Sport Destinatär sei, an den entsprechenden Wetterträgen beteiligt sei. Durch das Sportwettengesetz könnten Rückgänge zu verzeichnen sein. Ihre Fraktion gehe davon aus, daß über eine neu einzuführende Oddset-Wette in Nordrhein-Westfalen keine Nachteile entstehen dürften, und schlage vor, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Johannes Rimmel (GRÜNE) schließt sich den Worten seiner Vorrednerin im wesentlichen an. Heute solle aus der Sicht des Sports eine Empfehlung an den federführenden Innenausschuß abgegeben werden. Über die Empfehlung hinaus seien aus der Sicht seiner Fraktion bis zur abschließenden Beratung im federführenden Ausschuß noch weitere Dinge zu klären, die

fachlich nicht in die Beratungen des Sportausschuß gehörten, etwa die auch während der Anhörung aufgetauchte Frage, inwieweit mögliche weitere Destinationen zu berücksichtigen seien, etwa die Frage der Suchtprävention. Ferner sei es aus Sicht der GRÜNEN wünschenswert, daß die Ausfälle, die in Bereichen des Sportes entstünden, nach Möglichkeit ausgeglichen würden.

Seine Fraktion stimme dem Gesetzentwurf heute zu, behalte sich aber vor, in den genannten Fragen noch weitere Klärungen herbeizuführen.

Dr. Annemarie Schraps (CDU) ist für ihre Fraktion mit dem Gesetz nicht sehr glücklich, weil sie befürchte, daß damit der Sport einen Einbruch erleide.

Die Anhörung selbst war in dieser Frage auch nicht allzu befriedigend. Es sei die Tendenz zu erkennen gewesen, daß die Oddset-Wette nicht geliebt werde, aber da die Landesregierung diesen Wunsch in sich trage, dieses Geld einzunehmen, könne man die Wette aufgrund der bestehenden Mehrheiten auch nicht vermeiden. Und wenn der Westdeutsche Lottoverband von 350 Millionen DM Einnahmen spreche, sei das auch für die Regierung eine recht hübsche Summe.

Auf den moralischen Aspekt einer Wette, der die bereits geschröpfte Bevölkerung wohl bei den Gewinnchancen nicht widerstehen könne, wolle sie nicht näher eingehen. Auch wenn der Innenminister schreibe, daß die Spielleidenschaft durch eine Beschränkung des Wetteinsatzes reduziert werde, glaube sie, daß sich diese Begrenzung über die Einbeziehung anderer dem Wettenden bekannter Personen leicht umgehen lasse. Insofern werde die Spielleidenschaft und damit auch die Spielsucht gefördert. Und wenn dann die Spielsucht mit einem Teil des Geldes, das eingespielt werde, wieder bekämpft werde, sei das für sie kaum zu verstehen.

In den entsprechenden Zuschriften sei etwa auch die Befürchtung zum Ausdruck gekommen, daß ein Einbruch bei den Einnahmen im Spiel 77 zu erwarten sei, die für die Förderung des Landesports eine Rolle spielten. Diese Befürchtungen hege ihre Fraktion auch.

Von den Trab- und Rennvereinen sei zudem zum Ausdruck gebracht worden, daß mit der Oddset-Wette die eigenen Wetten tangiert würden und das einen Einbruch in den Finanzen dieser Vereine nach sich ziehen könnte. Das sollte sehr ernst genommen werden, weil damit auch der Erfolg der nordrhein-westfälischen Pferdezucht zusammenhänge. Ihre Fraktion habe diesbezüglich ebenfalls große Bedenken.

Der Innenminister habe mitgeteilt, daß die Auswirkungen auf den Sport und die Trab- und Rennvereine genau beobachtet würden und, falls erforderlich, Anpassungsmaßnahmen getroffen würden. Diesen Satz nehme die CDU-Fraktion sehr ernst, und wenn dem in diesem Raum auch nicht widersprochen werde, würden die CDU-Vertreter im Ausschuß diesem Gesetz zustimmen. Sie weise allerdings darauf hin, daß die Gesamtfraktion das Gesetz noch nicht abschließend beraten habe. Doch man verlasse sich da auf die Worte des Innenministers, der diese so wohl nach Gesprächen mit anderen Innenministern der Bundesrepublik Deutschland geäußert habe.

Ministerin Ilse Brusis (MASSKS) bestätigt, es gebe einen Kabinettsbeschuß zu dem Beschuß zur Einführung der Oddset-Wette, der da laute, sollte es Einbrüche beim Pferdesport oder beim Sport insgesamt durch Einführung der Oddset-Wette geben, dann würden diese Einbrüche zunächst durch die Mehreinnahmen der Oddset-Wette ausgeglichen.

Leonhard Kuckart (CDU) geht auf die Ausführungen des Abgeordneten Remmel bezüglich der Spielsucht ein und weist darauf hin, daß die Oddset-Wette nicht die einzige Wette in Nordrhein-Westfalen sei. Es gebe drei, demnächst auch vier Spielbanken. Er wolle wissen, ob Herr Remmel auch bereit wäre, wie die CDU dafür einzutreten, daß auch diese Spielbanken zur Suchtbekämpfung beitragen müßten.

Ina Meise-Laukamp (SPD) macht darauf aufmerksam, daß mit der Spielbankabgabe bereits zwei Beratungsstellen, und zwar in Lünen und in Herford, unterhalten würden.

Zu einer Anregung des Vorsitzenden des Innenausschusses **Klaus Stallmann (CDU)**, die möglichen Änderungen zum Gesetzentwurf rechtzeitig dem federführenden Innenausschuß, der drei Tage später abschließend beraten werde, vorzulegen, da man sie heute hier habe nicht beraten können, erklärt **Dr. Annemarie Schraps (CDU)**, heute könne über den Gesetzentwurf nur in der vorliegenden Fassung beschlossen werden. - **Heidi Berger (SPD)** wirbt dafür sicherzustellen, daß der Gesetzentwurf Anfang Dezember im Plenum verabschiedet werden könne, weil ansonsten dem Land sehr viele Einnahmen verlorengingen. Insofern sollten unter der Bedingung, daß der Sport keine Nachteile durch das Gesetz erleide, noch Änderungen möglich sein. - **Dr. Annemarie Schraps (CDU)** unterstreicht, eine Katze im Sack kaufe sie nicht. Eigentlich hätten die Änderungen heute vorliegen müssen; denn sonst hätte man auf unrealistischer Ebene diskutiert. Im übrigen sei es unfair, Änderungsanträge, die ja schon im Schwange seien, in der abschließenden Beratung eines mitberatenden Ausschusses nicht vorzulegen. - Für **Johannes Remmel (GRÜNE)** handelt es sich um eine künstliche Aufregung, da doch nur das beschlossen werden könne, was heute vorliege. Sollte bis zur Sitzung am Donnerstag ein Erkenntnisgewinn vorliegen, heiße das nicht, daß damit die dann vorgelegten Änderungen sozusagen vorab mit beschlossen würden. - **Dr. Annemarie Schraps (CDU)** begründet ihre Haltung, daß sie es nicht in Ordnung finde, daß die Koalitionsfraktionen die Änderungsanträge bis heute nicht vorgelegt habe. So sei es etwa denkbar, daß die Liste der Destinatäre etwa auf den Umweltbereich noch ausgedehnt werde und der Sportbereich dann durch eigene Vorschläge nicht mehr entsprechend reagieren könnte, da er auf Konkretisierungen in bezug auf Destinatäre aufgrund der Zusicherung des Innenministers verzichtet habe.

(Abstimmungsergebnis siehe Beschußteil)

THE BERLIN AGENDA FOR ACTION FOR GOVERNMENT MINISTERS

The World Summit on Physical Education reinforces the importance of Physical Education as a life-long process. It is particularly important for every child as articulated in the International Convention on the Rights of the Child. All children have a right to: (1) the highest level of health; (2) free and compulsory primary education for both cognitive and physical development; (3) rest and leisure; and (4) play.

THE BERLIN AGENDA CALLS FOR ACTION BY GOVERNMENTS AND MINISTRIES RESPONSIBLE FOR EDUCATION AND SPORT TO:

- implement policies for Physical Education as a human right for all children;
- recognise the distinctive role of Physical Education in physical health, overall development and safe, supportive communities;
- recognise that quality Physical Education depends on well qualified educators and curriculum time, which are possible to provide even where other resources like equipment are in short supply;
- invest in initial and in-service professional training and development for educators;
- recognise that failure to provide Physical Education costs more in health care than the investment needed for Physical Education;
- support research to improve the effectiveness and quality of Physical Education.
- work with international financial institutions to ensure Physical Education is part of the definition of education.

Why take these actions? Quality Physical Education:

- is the most effective and inclusive means of providing all children, whatever their ability/disability, sex, age, cultural, race/ethnicity, religious or social background, with the skills, attitudes, values, knowledge and understanding for life long participation in physical activity and sport;
- helps to ensure integrated and rounded development of mind, body and spirit;
- is the only school subject whose primary focus is on the body, physical activity, physical development and health;
- helps children to develop the patterns of and interest in physical activity, which are essential for healthy development and which lay the foundations for adult healthy lifestyles;
- helps children to develop respect for the body - both their own and others';
- develops understanding of the role of physical activity in promoting health.
- contributes to children's confidence and self esteem;
- enhances social development by preparing children to cope with competition, winning and losing; and co-operation and collaboration;
- provides the skills and knowledge for future work in sport, physical activity, recreation and leisure, a growing area of employment.